

Infoblatt Weltwirtschaftskrise 1929–1932

Schon früher hatte es schwerwiegende internationale Finanz- und Wirtschaftskrisen gegeben, so beispielsweise infolge der großen Bankenpleite in den USA 1857. Nie hatte es jedoch bis dahin eine Krise mit derart globalen Auswirkungen gegeben, wie in den Jahren nach dem „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse. Dabei war der Schwarze Freitag nur der letzte Auslöser in der Eskalationsentwicklung einer Reihe von Teilkrisen in der kapitalistischen Weltwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg.

Nachdem die Weltwirtschaft zwischen dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges eine ungeheure Expansionsphase erlebt hatte, kam es – nach einem kurzen Nachkriegsboom – 1921/1922 zu einer ersten „kleinen“ Weltwirtschaftskrise. Besonders betroffen waren dabei vor allem die Verliererstaaten des Krieges, Deutschland und Österreich, die zusätzlich unter den durch die Siegermächte aufgezwungenen Reparationsleistungen zu leiden hatten. Nach 1923 begann jedoch eine Phase neuer globaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Bereits hier begannen die Weltmarktpreise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Güter spürbar zu sinken, was sich destabilisierend auf viele Wirtschaftsräume z. B. Afrika oder Südamerika auswirkte.

Eine große Rolle spielte in dieser Zeit der steigende Kapitalexport aus den USA. Billige Kredite und große Investitionen flossen nicht nur nach Deutschland bzw. Europa, sondern auch in lateinamerikanische Volkswirtschaften

oder in den asiatischen Nahen und Fernen Osten. In Europa wurden diese Kredite vorwiegend zur Modernisierung der Industrie und Landwirtschaft in wichtigen durch den Krieg zerstörten Bereichen eingesetzt.

Um an den wirtschaftlichen Erfolgen amerikanischer Unternehmen teilhaben zu können, kauften seit Anfang der 1920er-Jahre immer mehr Amerikanerinnen und Amerikaner Aktien nach Übersee expandierender Unternehmen und ermöglichten mit ihrem Geld weitere Investitionen. Durch die zu erwartenden Gewinne und die ständige Nachfrage nach Aktien gewannen diese zunächst stark an Wert. Mit den Investitionen war darüber hinaus eine erhöhte Produktion langlebiger Verbrauchsgüter und landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den USA verbunden. Die Produktion stieg jedoch stärker als die Nachfrage, was im Zeitablauf zu Überproduktion führte.

Durch die Überproduktion in der Landwirtschaft fielen die Getreidepreise, Ähnliches galt auch für andere Güter. In der US-amerikanischen Industrie geriet der Absatz der Verbrauchsgüter ins Stocken; die Produktion wurde eingeschränkt; Entlassungen folgten. Dies war durchaus nicht allein ein Phänomen in den USA. Auch in anderen Staaten zeigten sich Krisensymptome ganz ähnlicher Art, beispielsweise in Japan.

Als die Schwierigkeiten der Industrie in den USA schließlich bekannt wurden, bekamen viele Aktienbesitzer Angst, dass ihre Aktien rasch an Wert verlieren würden. Keiner wollte Aktien kaufen; aber alle wollten so schnell



Ullstein Bild GmbH, Berlin

1 Nachtasyl für Obdachlose in New York 1931

wie möglich verkaufen. Zunächst versuchten die Banken durch Aktienaufkäufe den totalen Kurssturz zu verhindern, dennoch konnten sie den in den nächsten Tagen folgenden 16,4 Mio. Aktienverkäufen nichts mehr entgegenzusetzen. Die Aktienkurse der Wall Street stürzten ins Bodenlose und viele Banken wurden zahlungsunfähig. Hinzu kam die Kreditfinanzierung der Aktienkäufe. Weil diese Kredite meist nicht gedeckt waren (faule Kredite), waren die Verluste der Börsenkrise nicht mehr zu finanzieren. Aus der Börsenkrise folgte eine Krise der Banken.

Amerikanische Banken, mittlerweile die wichtigsten globalen Geldgeber, kamen in Zahlungsschwierigkeiten und kündigten in dieser Krise ihre kurzfristigen Kredite, die sie im Ausland gewährt hatten. Dadurch kam plötzlich der bislang stetig angewachsene Kapitalexport auf dem globalen Finanzmarkt zum Erliegen. Viele Staaten hatten jedoch ihr Wirtschaftswachstum durch Kredite und günstige Umschuldungsoperationen finanziert und konnten nun die Zinsen nicht mehr begleichen. Über Jahre gewachsene Spekulationsblasen platzten. Ein prägnantes Beispiel sind dafür die exportorientierten Staaten Südamerikas oder Deutschland, aber auch Großbritannien, Frankreich und Australien. Als Kreditgeber und damit Gläubiger fast aller Staaten der Welt exportierten die USA zwangsläufig die eigene Krise in andere Länder. Die daraus entstehende Destabilisierung ließ bereits häufig bestehende strukturelle Probleme und Krisenpotentiale eskalieren. Spätestens 1931 wurde die amerikanische Bankenkrise zur globalen Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit schnellte empor. Ganze Wirtschaftsbereiche gingen bankrott. Der Welthandel brach zusammen. Die schwachen Sozialsysteme, soweit solche überhaupt existierten, kollabierten.

Nahezu alle Staaten reagierten ab 1931 mit einer binnenorientierten Wirtschaftspolitik, Staatsinterventionen und Investitionsprogrammen wie beispielsweise dem New Deal in den USA. Viele Länder versuchten durch eine drastische Währungsabwertung den Export wieder anzukurbeln, verstärkten damit jedoch nur die allgemeine Schwächung des Weltmarktes. Der Einbruch der Preise für Waren und Produkte wurde jedoch von den Unternehmen und Regierungen an Industrie- und Landproletariat weitergegeben. Streik- und Protestbewegungen nahmen zu, bald bekamen extremistische und sozialrevolutionäre Parteien und Gruppierungen starken Zulauf.

In vielen Ländern setzten sich autoritär-populistische oder faschistische Kräfte durch, die die Krise zur Mobilisierung der Wirtschaft und der Massen für Eroberungskriege nutzten. 1931 fielen japanische Truppen in der Mandschurei, 1937 in China ein. 1932–1935 tobte der Chaco-Krieg zwischen Bolivien und Paraguay¹. 1935 überfiel das faschistische Italien Äthiopien. 1939 entfesselte die deutsche NS-Regierung den Zweiten Weltkrieg.

¹ Dabei handelte es sich um einen, seit Mitte des 19. Jahrhundert bestehenden Konflikt um den nördlichen Teil des Gran Chaco-Gebietes. Der Streit eskalierte, als in diesem Gebiet Bodenschätze, u.a. Erdöl vermutet wurden. Erdöl gehörte zu den wenigen Rohstoffen, dessen Weltmarktpreis während der Weltwirtschaftskrise relativ stabil blieb. Bolivien veranlasste in Kooperation mit der US-amerikanischen Standard Oil Probebohrungen, während Paraguay seinerseits seine Ölkonzessionen an die British Petroleum vergeben hatte. Der daraufhin ausbrechende Krieg wurde mit modernster Technik und großer Brutalität geführt. Letztlich konnte sich Paraguay 1935 durchsetzen.



Ullstein Bild GmbH, Berlin

2 Die Stadt Magdeburg ließ am Elbufer Skat- und Schachische aufstellen, um den Arbeitslosen einen Treffpunkt zu bieten. Foto 1932.

Regionale Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Zeittafel: Thüringen 1920–1932

1918	Die Novemberrevolution beendet die Zeit der kleinstaatlichen Landesfürstentümer. Es entstehen zunächst acht Freistaaten mit republikanischer Staatsform.
1919	In Weimar tritt die erste Nationalversammlung zusammen (6.2.) und verabschiedet die erste republikanische Verfassung Deutschlands (31.7.). Diese wird von Reichspräsident Ebert im thüringischen Schwarzburg unterschrieben (11.8.).
1920	Kämpfe im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch (13.–16.3.) und zwischen linksradikalen Arbeitern und Reichswehrverbänden, Besetzung der thüringischen Freistaaten durch Reichswehrverbände und Freikorps. Bildung des Landes Thüringen (1.5.) – von Anfang an eine instabile innenpolitische Situation.
1923	Wirtschaftskrise und Hyperinflation: Thüringische Wirtschaft hatte große Schwierigkeiten bei Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion. Arbeitslosenzahlen schnellen von 6000 (Ende 1922) auf 76000 (Sommer 1923). Zunehmende Zusammenstöße zwischen links- und rechtsradikalen Kräften. Sturz der SPD-Minderheitsregierung (11.9.). KPD und SPD bilden neue Regierung (16.10.). Nach weiteren Zusammenstößen Einmarsch von Reichswehrtruppen (Nov.), die Regierung löste sich auf.
1924–1927	Innenpolitische und wirtschaftliche Stabilisierung Thüringens
1927–1929	Landtagswahlen bringen keine tragfähigen Mehrheiten, wechselnde Minderheitsregierungen.
1930–1931	Die NSDAP wird erstmals an der Regierung beteiligt (Schlüsselressorts Inneres und Volksbildung unter Wilhelm Frick). Wachsende wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit nimmt stark zu. Lebensniveau breiter Bevölkerungsschichten sinkt drastisch. Besonders hart trifft es Exportindustrie, beispielsweise Sonneberger Wirtschaftsraum (Spielzeugproduktion).
1931–1932	Rechtsbürgerliche Minderheitsregierung
1932	Nach vorzeitigen Landtagswahlen (31.7.) verfehlt NSDAP knapp absolute Mehrheit und bildet zusammen mit dem Landbund und der DNVP die neue Regierung (Kabinett Sauckel). Bereits in den Gemeindewahlen im Dezember 1932 erreicht die NSDAP aber nur noch rund 11%.

3 Thüringische Kleinstädte in der Krise.

In der Gemeinde Fehrenbach (Thüringischer Wald) gibt der Polizist vor der Bevölkerung die Senkung der Fleischpreise bekannt. Anfang 1932.



Ullstein Bild GmbH (James E. Abbe), Berlin

4 Wirtschaftliche Situation in Thüringen 1929–1932

Deutschland gehörte als Industriestaat mit zu den von der Weltwirtschaftskrise am härtesten betroffenen Ländern. Thüringen war darüber hinaus noch durch die Strukturschwäche einzelner Industriezweige benachteiligt. Die Unternehmen litten immer noch unter dem Verlust der Exportmärkte, die mit dem Ersten Weltkrieg verloren gegangen waren und dem daraus resultierenden Abbau der Industriekapazitäten. Zwischen den Jahren 1929 und 1932 hatte die thüringische Wirtschaft einen Rückgang der abgesetzten Produkte von über 70% zu verzeichnen. Die Beschäftigungszahlen gingen im gleichen Zeitraum um ungefähr 44 % zurück. 1928 waren ca. 55000 Arbeitssuchende registriert; in der Mitte des Jahres 1932, kurz vor dem Machtantritt der neuen Regierung unter Leitung des NS-Gauleiters Fritz Sauckel waren es ungefähr 150000 registrierte Arbeitslose. Auf die Problematik der Verhältnisse, etwa in Bezug auf die Grundversorgung der Bevölkerung, machten propagandistische Aktivitäten wie etwa die NSDAP-Lebensmittelhilffahrt (5. Juni 1932) in die strukturschwachen und unterversorgten Notgebiete Thüringens aufmerksam. Zu den Regionen gehörten vor allem der Thüringer Wald und das Eichsfeld, die zu Notstandsgebieten erklärt wurden. Begleitet wurde die Situation durch einen deutlichen Anstieg der Kriminalität und anwachsende Selbstmordraten. In dieser Situation boten die extremistischen Parteien Lösungen für die Gegenwartsprobleme. Die NSDAP erlangte über 40 % der Stimmen, die bürger-

lichen Parteien erlitten erhebliche Stimmverluste. Am 26. August nahm die von der DNVP und dem „Thüringer Landbund“ mitgetragene Landesregierung Saukel ihre Arbeit auf. Eine der ersten Maßnahmen waren öffentliche Kundgebungen der NS-Landesregierung zu den Arbeitsbeschaffungsprogrammen und die Verkündung über die landesweite Einrichtung von 15 neuen Lagern des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“.

Thomas Neumann, Kulturelle Strömungen in Thüringen 1919 bis 1932. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Erfurt 2004, S. 93.

5 Wirtschaftliche Krise – Das Beispiel Erfurt

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte Erfurt infolge der günstigen Verkehrslage die Umwandlung zu einer mittleren Industriestadt vollzogen. In den 20er Jahren konnte der Schwermaschinenbau die bis dahin in ihrer Bedeutung vorherrschende Leichtindustrie sowie das Handwerk verdrängen. Der bekannteste Erwerbszweig der damals etwa 140000 Einwohner umfassenden Stadt war der Gartenbau mit etwa 200 Selbständigen, 1200 Arbeitern und 300 Angestellten. Dem Agrarhinterland entsprechend, hatte sich eine umfangreiche Lebensmittelindustrie mit Malzfabriken, Brauereien und Nahrungsmittelbetrieben entwickelt. Ebenso besaßen neben zahlreichen Textil- und Konfektionsbetrieben die Bauwirtschaft und der öffentliche Dienst einen wichtigen Anteil am ökonomischen Leben der Stadt. [...]

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise ist auffällig, dass gegenüber den rückläufigen Tendenzen im Reichsdurchschnitt, die Arbeitslosigkeit in Erfurt weiter zunahm. Als die Krise ihren Tiefstand im Reich im Sommer 1932 überschritten hatte, war der Höchststand in Erfurt überhaupt erst erreicht worden. Zum Teil lag das an der Erfurter Wirtschaftsstruktur mit ihrer Leicht- und Verbrauchsgüterindustrie. Produkte dieser Art fanden kaum noch ihren Markt. Im Juli 1932 waren etwa 30 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Erfurt ohne Arbeit. Bedeutsam ist, dass beispielsweise im Dezember 1932 von 19310 Erwerbslosen 14649, also etwa 75 Prozent, keinerlei Arbeitslosenunterstützung erhielten und somit auf die private Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen waren.

Die mit der Arbeitslosigkeit einhergehenden wachsenden Ausgaben für die allgemeine Fürsorge versuchte die Stadt durch die Erhebung verschiedener Sondersteuern – wie beispielsweise der Getränke- und der Bürgersteuer – aufzubringen. [...]

Die in den Jahren von 1931 bis 1932 aufkommende Arbeiterbewegung in Erfurt ist mit der allgemeinen Entwicklung in Deutschland verflochten. Insgesamt ist festzustellen, dass die Erfurter Wirtschaftsstruktur außerordentlich krisenempfindlich war. Das Vorhandensein einer überwiegend proletarischen Bevölkerung, die durch Absatzverluste der vorherrschenden Leichtindustrie betroffenen Arbeiter und Angestellten sowie die hohe Arbeitslosigkeit in ihrer Dauerhaftigkeit seit 1931 waren nur einige Gründe für einen verstärkten Aktionismus der in der Erfurter KPD organisierten Massen.

Andererseits lebte ein Teil der Arbeiterschaft, die in Klein- und Handwerksbetrieben tätig waren, noch im ländlichen Umfeld Erfurts und besaß eine gewisse – teilweise durch Landwirtschaft ergänzte – zusätzliche Lebensgrundlage. Diese Polarisierung bedeutete zum einen eine Radikalisierung der Arbeiterschaft und zum anderen eine Zersplitterung ihrer Kräfte, die in ihrer politischen Konsequenz hier wie in vielen anderen kommunistischen Hochburgen Thüringens der nationalsozialistischen Bewegung zuarbeitete.

Joachim Bergmann, Die innenpolitische Entwicklung Thüringens in der Zeit von 1918 bis 1932. Europaforum-Verlag, Lauf 2001, S. 278f.

6 Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen 1920–1932 (in Stimmenanteil in %, in Klammern die Mandate)

Parteien	1920	1921	1924	1927	1929	1932	
KPD	1,2	10,9 (6)	18,4 (13)	14,1 (8)	10,7 (6)	16,1 (10)	
USPD	27,9 (15)	16,4 (9)	0,8	–	–	–	
SPD	20,3 (11)	22,8 (13)	23,1 (17)	31,6 (18)	32,3 (18)	24,3 (15)	
DDP	7,3 (4)	5,6 (3)	48,0 (35) ¹	3,3 (2)	2,9 (1)	1,9 (0)	
DVP	15,8 (8)	16,2 (9)		33,7 (19) ²		8,8 (5)	1,8 (1)
Landbund ³	20,6 (11)	18,9 (10)				16,4 (9)	8,3 (6)
DNVP	6,9 (4)	7,5 (4)				4,0 (2)	3,2 (2)
Völkische/NSDAP ⁴	–	–	9,3 (7)	4,6 (3)	11,3 (6)	42,5 (26)	
Sonstige	–	1,7	0,4	12,7 (6)	13,6 (6)	1,9	

Aus: Reinhard Jonscher/Willy Schilling, Kleine thüringische Geschichte. Vom Thüringischen Reich bis 1990. Jena 2005, S. 235

1 Wahlblock aller bürgerlichen Parteien („Thüringischer Ordnungsbund“)

2 Als Einheitsliste der rechtsbürgerlichen Parteien.

3 Der „Thüringische Landbund“ entstand als Sammlungsbewegung und agrarischer Berufsverband bis 1922 und vertrat als Partei vor allem die konservativ ausgerichteten berufsständischen Interessen seiner Mitglieder.

4 1924 noch als „Vereinigte Völkische Liste“. Ab 1927 nur noch die NSDAP.

Arbeitsvorschläge

- Vergleichen Sie die Wahlergebnisse des thüringischen Landtags mit den Wahlergebnissen zum Reichstag in Ihrem Schulbuch. Gibt es Unterschiede?
- Recherchieren Sie mittels des Stadt- oder Kreisarchivs, Befragung des lokalen Geschichtsvereins oder der Zuhilfenahme eines Zeitungsarchivs die Situation in Ihrer Heimatgemeinde in den Jahren 1929–1932. Schreiben Sie dazu einen Kurzaufsatz.

Schlaglichter: Asien und Lateinamerika in der Weltwirtschaftskrise

1 Japan in der Krise. Japanische Schreibmaschinistinnen und Verkäuferinnen im Arbeitsamt Tokio auf der Suche nach Arbeit. Sommer 1931.



Ullstein Bild GmbH, Berlin

2 Bernd Martin (1982): Soziale Konflikte und Radikalisierung in Japan

Japan stellte Ende der zwanziger Jahre an westlichen Normen gemessen weder ein Entwicklungs-, noch ein Schwellen-, noch ein industrialisiertes Land, sondern ein ungleichmäßig und lediglich an der Oberfläche modernisiertes Staatswesen dar. Äußerlich wies die Weltwirtschaftskrise hier zwar ähnliche Merkmale auf wie in den westlichen Staaten: Der rapide Preisverfall auf dem Weltmarkt führte auch in Japan zu einem Rückgang der Industrieproduktion, zur Drosselung der landwirtschaftlichen exportorientierten Erzeugung und somit zu einem spürbaren Absinken der Realeinkommen für die arbeitende Bevölkerung, die wiederum auf diese materiellen Einbußen mit politischer Militanz reagierte. Aber im Gegensatz zu den westlichen Industriestaaten konnte diese politische Radikalisierung nicht von den städtischen Arbeitslosenheeren ausgehen – denn diese fehlten in Japan – sondern sie wurde von den bäuerlichen Volksschichten im Bunde mit revolutionären Militärkreisen getragen. Dieses Zweckbündnis der westlichen Überfremdung in ihrem traditionellen Selbstverständnis erschütterten die Armee als dem Garanten der auf den Tenno als Gott-Kaiser zentrierten staatlichen Ordnung und der bäuerlichen Bevölkerung als Hort praktizierten patriarchalischen Sozialverhaltens ermöglichte im September 1931, dass japanische Armeeeinheiten entgegen den Vorstellungen der Regierung und den mit ihr eng verflochtenen maßgeblichen Wirtschaftskreisen die Mandchurei besetzten.

Diese gewaltsame Annexion eines fremden Hoheitsgebietes, die den in Versailles begründeten internationalen status quo zerschlug und die Politik des offenen Revisionismus einleitete, stellte indes weniger einen unmittelbaren Reflex auf die von Amerika ausgelöste Wirtschaftsdepression dar, sondern lässt sich primär als Ausdruck eines seit der Begründung des modernen Japan latent vorhandenen Gegensatzes zwischen der oligarchischen Führung und den Volksmassen begreifen. [...] Die Dichotomie¹ zwischen einer dem Primat der Systemerhaltung verpflichteten, um den kaiserlichen Hof gruppierten Oligarchie und den funktional dem technisch-industriellen Wandel ausgesetzten Volk war in der Meiji-Restauration, der 1868 erfolgten Wiedereinsetzung des Kaisers als politisch-ideellem Bezugspunkt der Nation, angelegt und weitete sich parallel zu dem Grad der Industrialisierung. Gesellschaftlich tradierte Normen eines von den Göttern abstammenden Volkes auf der einen Seite, technischer Fortschritt nach westlichem Vorbild auf der anderen Seite klafften um so weiter auseinander, je stärker die von der Führung für notwendig erachtete äußere Angleichung an die westlichen Länder vollzogen wurde. [...] Die Kluft zwischen dem Rationalismus der Technik und den traditionellen, aus westlicher Sicht irrational erscheinenden Verhaltensweisen der moralischen Sphäre wurde durch die Folgen der wirtschaftlichen Krise schließlich unüberwindbar und ließ sich, sofern die starre Führung keine Angleichung der politisch-sozialen Ordnung an den Grad der Modernisierung vollzog bzw. mit Rücksicht auf die aufbegehrenden bäuerlich

55 geprägten Massen auch kaum vollziehen konnte, allein durch
einen sozial-imperialistischen Chauvinismus überdecken. Die
von 1927–1932 andauernde Wirtschaftskrise in Japan war in
Wirklichkeit die Krise einer zu hastig äußerlich modernisier-
ten Gesellschaft. Die Rückwirkung der Weltwirtschaftskrise,
60 insbesondere der Verlust des amerikanischen Exportmarktes,
wirkten lediglich als Katalysatoren und verlangten unmissver-
ständlich nach einer Antwort auf die Alternative, ob Japan den
traditionellen Eigenweg gesellschaftspolitischer Entwicklung
mit Hilfe einer ausgeweiteten Herrschaftssphäre behaupten
65 oder sich westlichen Parametern und somit westlicher han-
delspolitischer Suprematie² fügen sollte.

Bernd Martin: Wirtschaftliche Konzentration und soziale Konflikte in Japan. In: Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise: Afrika, Asien und Lateinamerika 1929–1939, hrsg. v. Dietmar Rothermund, Paderborn 1983, S. 197–223, hier S. 197 ff.

- 1 Zweiteilung, Gliederung
- 2 Obergewalt, Überordnung

3 Helmut Mejcher (1982): Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Westasien

Am Beispiel der westasiatischen Länder Irak, Syrien, Libanon und Saudi-Arabien werden die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise
5 auf den Nahen Osten analysiert. Dabei konzentriert sich Mejcher
auf Regionen, die nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches unter
britische und französische Mandats Herrschaft bzw. Einfluss geraten
waren.

In Saudi-Arabien wirkte sich die Weltwirtschaftskrise vor allem
10 dadurch aus, dass der Pilgerstrom aus den östlichen Getreide-
ländern fast plötzlich abbrach und damit die wichtigste Ein-
kommensquelle des Herrscherhauses versiegte. Infolge des
Verfalls der Getreidepreise hatten indische, persische und
indonesische Muslime, die gewöhnlich die Masse der Pilger
15 ausmachten, keine Rücklagen für die Finanzierung der weiten

Fahrt zu den islamischen Heiligen Stätten von Mekka und Me-
dina bilden können. Auf der Suche nach neuen Einkommens-
quellen öffnete der saudische Herrscher daraufhin das Land
den zahlungskräftigen amerikanischen Ölgesellschaften.
Die verstärkte Hinwendung zur Entwicklung eigener natio- 20
naler Ressourcen war eine überall in der Region zu beobach-
tende Folge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. [...] Was
allerdings den Aufbau von Substitutionsindustrien, vor
allem dem Textilsektor, sowie die Errichtung von Schutzzöllen
25 betrifft, so waren den hier behandelten Ländern [...] infolge
der geschilderten imperialen Herrschaftsverhältnissen, der Ver-
ankerung des Prinzips der Offenen Tür in den völkerrechtlich
bindenden Mandatsverträgen sowie sonstiger internationaler
Verträge wie die Akte von Algericas³ (1906) oder die aus osma-
nischer Zeit stammenden „Capitulationen“⁴, die erst 1936 30
auf der Konferenz von Montreaux⁵ abgeschafft wurden, enge
Grenzen gesetzt. Unmut hierüber und Widerstand gaben den
nationalen Unabhängigkeitsbewegungen sowie sozialreforme-
rischen oppositionellen Gruppierungen Auftrieb. In der Tat
dürfte in der Entstehung und programmatischen Profilierung 35
neuartiger Massenbewegungen und Parteien die eigentliche
Bedeutsamkeit der Weltwirtschaftskrise für die Geschichte der
hier behandelten Region liegen.

Helmut Mejcher: Die Reaktionen auf die Krise in Westasien und Nordafrika. In: Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise: Afrika, Asien und Lateinamerika 1929–1939, hrsg. v. Dietmar Rothermund, Paderborn 1983, S. 108–126, hier S. 126.

- 3 Die Unterzeichnung der Algericas-Akte beendete die 1. Marokko-Krise.
- 4 Das Osmanische Reich musste im 19. Jahrhundert den europäischen Mächten zunehmend Sonderrechte einräumen, u. a. im Wirtschaftsverkehr und Handel, sog. Capitulationen.
- 5 Der Vertrag von Montreaux 1936 hob die Einschränkungen der Souveränität der Türkei auf. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg waren die türkischen Hoheitsrechte über das Marmarameer, die Dardanellen und den Bosphorus stark eingeschränkt worden.

4 Zusammenbruch der Weltmarktpreise. Nicht verkaufbarer brasilianischer Kaffee wird ins Meer geschüttet. Aus der Fotoreportage „Vom Kaffee-Überfluss in Brasilien“ Juli 1932.



Ullstein Bild GmbH (Martin Munkacsy), Berlin

5 Die Weltwirtschaftskrise in Lateinamerika und die Herausbildung des Populismus

Die Weltwirtschaftskrise war eines der folgenreichsten Begebnisse des 20. Jahrhunderts. Genau genommen handelte es sich bei ihr jedoch nicht um eine einzige Krise, sondern um das Zusammentreffen mehrerer partieller Krisen. Die Weltwirtschaftskrise war die erste Wirtschaftskrise des kapitalistischen Weltsystems, die derart viele Regionen des Globus zugleich umfasste. Mit ihr sind zudem viele dramatische politische Entwicklungen verbunden: Der Aufstieg des Faschismus gleichermaßen wie das Wiederaufflammen sozialer und revolutionärer Bewegungen weltweit.

Wirtschaftshistorisch führte die Weltwirtschaftskrise zu einer regelrechten De-Globalisierung. Protektionismus und eine binnenorientierte Wirtschaftspolitik sollten in vielen Ländern zum dominanten Wirtschaftsmodell werden. Nirgendwo lässt sich dies so plastisch nachzeichnen wie in den Ländern Lateinamerikas. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise kam es in vielen Ländern dieses Subkontinents zu einem Wechsel vom exportorientierten und von Auslandskapital dominierten Aufschwungmodellen hin zur Etablierung von binnenorientierten Wachstumsstrategien. [...] Damit verbunden war die Herausbildung eines spezifisch lateinamerikanischen Gepräges politischer Herrschaft: nationalistisch-populistische Regime, die es verstanden, die sozial mobilisierten Teile der Industriearbeiterschaft politisch und ökonomisch zu integrieren und damit die gesellschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten. [...] Diese binnenorientierten wirtschaftliche Ausrichtung wurde zur Grundlage des Modernisierungsbooms Lateinamerikas nach dem Zweiten Weltkrieg. Erst mit der Verschuldungskrise Anfang der 1980er-Jahre begann sich ein neuerlicher grundsätzlicher Wandel der Wirtschaftsstrategie abzuzeichnen. [...]

Mit der Zweiten Conquista⁶ war es [Lateinamerika, Anm. d. Verf.] im 19. Jahrhundert als Primärgüterlieferant in den Weltmarkt stark eingebunden worden. Vorangetrieben wurde diese Einbindung von den nationalen Oligarchen und vom Auslandskapital. Mit der Weltwirtschaftskrise wurde Lateinamerika aus diesem Weltmarkt regelrecht herausgestoßen. Damit wurden die Strukturprobleme des bis dahin dominanten liberalen Entwicklungs- und Gesellschaftsmodells offensichtlich. Dieses Modell gründete sich auf eine elitebasierte exportgeleitete Wachstumsstrategie. Die lateinamerikanischen (Agrar-)Oligarchen, die dieses Modell stützten, begriffen Wachstum nicht als nationalökonomischen Gesamtprozess, sondern reduzierten es auf den Export von Cash-Crops und Bodenschätzen (Kaffee, Kautschuk, Sisal, Zucker, Erdöl etc.). Diese Wachstumsstrategie verhinderte den Ausbau eines Binnenmarktes und die Bildung einer unternehmerischen Mittelschicht. [...] Die daraus entstandene strukturelle Verzerrung der lateinamerikanischen Ökonomien, v. a. ihre Exportorientierung, waren für das Ausmaß und die Dauer der Krise verantwortlich. [...]

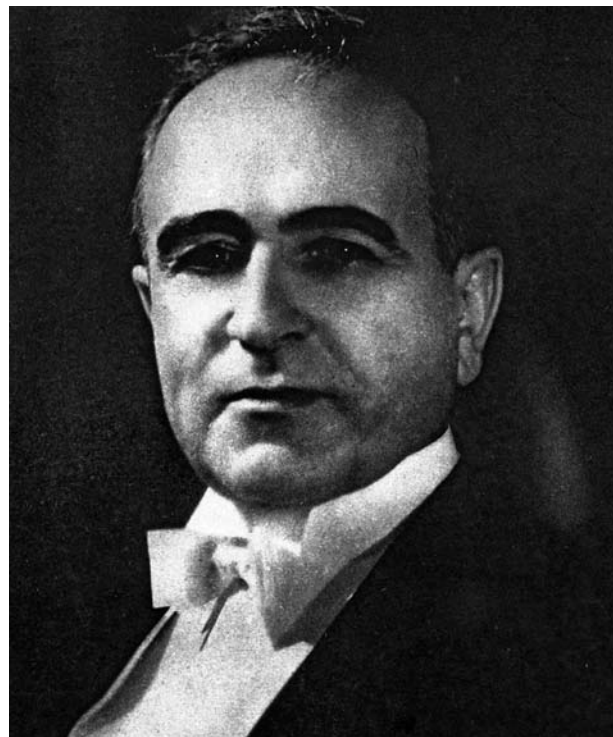
Durch diesen erzwungenen Rückzug aus dem Weltmarkt setzte sich ein neues Wirtschaftsmodell durch: die Importsubstituierende Industrialisierung. Diese zielte auf den Aufbau eines Industriesektors ab, welcher die Ersetzung importierter Konsumgüter durch einheimische Produkte ermöglichen sollte. Diese Wirtschaftspolitik basierte auf einem „starken“, das heißt wirtschaftspolitisch aktiveren Staat. Der Aufbau der Industrie wurde durch Verstaatlichungen ausländischer Unternehmen, den Aufbau von Staatsbetrieben und die Einführung von Planungsinstanzen ermöglicht. [...] Eng verbunden war diese neue Wachstumsstrategie mit einer spezifischen Herrschaftsform: dem Populismus. [...] Mit dem Aufstieg des Populismus wurden die Exportoligarchien abgelöst. Neue Akteure betraten

die politische Bühne. Nicht selten handelte es sich dabei um Emporkömmlinge aus den mittleren Offiziersreihen. Mit ihnen vollzog sich im Staatsapparat teilweise ein Elitewechsel. [...] Von entscheidender Bedeutung bei der Herausbildung des Populismus war der Druck der Land- und Industrieproletarier, der unteren Mittelschichten und der Kleinbauern. Ihre Mobilisierungen im Zuge der Weltwirtschaftskrise stellten die gesellschaftliche Ordnung in Frage und erzwangen eine politische Reaktion. Populistische Regime verstanden es, diese Gruppierungen zu organisieren und gesellschaftlich zu integrieren. Durch Reformen konnten die populistischen Machthaber substantielle Verbesserungen erreichen, durch die Bildung von staatstreuen oder parastaatlichen Gewerkschaften und Bauernverbänden wurde das sozialrevolutionäre Potenzial dieser Bewegungen abgefangen. Damit ging die Herausbildung eines klientelistischen Verteilungssystems einher. Gruppen und Bewegungen, die sich dieser Integration nicht beugten und staatlich nicht gebilligte Streiks und Proteste organisierten, begegneten die populistischen Machthaber unvermindert mit scharfer Repression.

Martina Kaller-Dietrich/David Mayer, Geschichte Lateinamerikas im 19. und 20. Jahrhundert. Ein historischer Überblick. <http://www.lateinamerika-studien.at> (22.4.2009)

6 Nach der Ersten Conquista im 16. Jahrhundert durch Spanien und Portugal kam es im 19. Jahrhundert zur Herausbildung unabhängiger lateinamerikanischer Staaten, in denen die Situation der indigenen Bevölkerung jedoch weiterhin von Unterdrückung und Elend geprägt blieb. Die Macht lag meist in den Händen von Großgrundbesitzern und zunehmend von US-amerikanischen und europäischen Unternehmen.

6 General Getulio Vargas (1930–1945, 1950–1954), suchte u. a. mit nachhaltiger Hilfe von außen wie etwa der US-amerikanischen Rockefeller-Stiftung 1930 in Brasilien. Er orientierte sich ab 1937 deutlich an den Vorbildern der Diktaturen in Italien und Portugal. 1945 wurde Vargas von der Armee abgesetzt. Zwischen 1950 und 1954 regierte er noch einmal als gewählter Präsident, bevor ihn ein erneuter Militärputsch stürzte.



Ullstein Bild GmbH (Roger Viollet), Berlin

7 Lázaro Cárdenas (1895–1940), führte als linkspopulistischer mexikanischer Staatspräsident eine Agrar- und verschiedene Sozialreformen durch und verstaatlichte 1938 den Erdölsektor. Er öffnete darüber hinaus das Land für Emigranten wie beispielsweise den russischen Sozialrevolutionär Leo Trotzki.



Ullstein Bild GmbH (Roger Viollet), Berlin

8 General Juan Domingo Peron mit seiner Frau Eva (Evita) Peron.

Peron beteiligte sich 1943 in Argentinien an einem Militärputsch und stieg bis 1946 bis zum Staatspräsidenten auf, wobei er sich infolge von Sozialreformen auf Gewerkschaften und Landarbeiter stützte. Er regierte bis 1955. Bis heute zählt jedoch der sog. Peronismus zu einer wichtigen politischen Kraft in Argentinien.



Ullstein Bild GmbH (Keystone Pressedienst), Berlin

Arbeitsvorschläge

- Recherchieren Sie am Beispiel eines lateinamerikanischen oder asiatischen Staates die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre. Stellen Sie diese in einem Kurzreferat dar.
- Stellen Sie abschließend den Verlauf, die Auswirkungen und die Wechselbeziehungen der Weltwirtschaftskrise in Europa und den anderen Kontinenten in einer Wandzeitung gegenüber.